

Basel, 23. August 2013 MF

NOTIZEN ZUR REGIO-PLATTFORM "STEUERSTREIT CH-EU"

22. August 2013
Bildungszentrum Mission 21
130 Teilnehmer/innen

PROGRAMM

18.00 Uhr Türöffnung

18.30 Uhr Begrüssung durch Elisabeth Schneider-Schneiter, Präsidentin der Vereinigung für eine Starke Region Basel/Nordwestschweiz

Elisabeth Scheider-Schneiter begrüsst die Anwesenden und insbesondere die für Finanzen verantwortlichen Regierungsräte der Kantone Basel-Stadt und Basel Landschaft Eva Herzog und Anton Lauber.

Regio-Plattform für Schwerpunkte im Bereich der grenzüberschreitenden und regionalen Zusammenarbeit. Thema der Veranstaltung Unternehmenssteuerreform III Herausforderungen in diesem Bereich sind:

- Attraktivität des Standorts Schweiz bewahren
- Steuersystem revidieren
- Dialog und Lösungsfindung mit EU

Welche Lösungsansätze gibt es und was bedeuten Sie für die Wirtschaftsregion Basel? Welches Gleichgewicht gibt es zwischen den verschiedenen Ansprüchen?

18.35 Uhr Steuerdialog mit der EU: Auswirkungen und Lösungsansätze Referat von Dr. Eva Herzog, Regierungsrätin Basel-Stadt

Gemäss Eva Herzog ist Innovation als wichtiges Thema für die Schweiz und Basel. Der Anteil der innovationsintensiven Branchen (Pharma, Medizinaltechnik, Maschinenbau, etc.) wird in der Schweiz im Jahr 2020 bei 69 Prozent liegen. Die Schweiz ist "Innovationsweltmeister" gemäss diversen Untersuchungen der UNO und OECD.

Basel-Stadt 96 Prozent der. Dies entspricht 90'000 Arbeitsplätzen in den BS, BL, AG und SO und Exporten im Wert von 70 Milliarden allein von Pharma und Chemie.

	BS	BL	AG	SO
Anteil der Innovationsbranchen an der Industriewertschöpfung	96%	75%	68%	68%
Anteil Innovationsbranchen an Gesamtwertschöpfung	35%	20%	19%	18%

Weitere Innovationszentren der Schweiz sind neben BS und BL sowie Fricktal der Kanton Jura mit seiner Uhrenindustrie sowie entsprechend Biel und Neuenburg. Des Weiteren die Regionen Baden, Wallis (Lonza), Genfersee, Schaffhausen und Winterthur.

In der Region Basel ist die Innovation im Vergleich zu anderen Regionen sehr fokussiert. Die Unternehmen Roche, Novartis, Syngenta, Clariant und Endress Hauser sind in den Top Ten 10 im Schweizer Vergleich bei Patenanmeldungen.

Viele Unternehmen werden als Statusgesellschaften wie zum Beispiel Holdinggesellschaften besteuert. In- und ausländische Erträge werden unterschiedlich besteuert (ausschliesslich auf kantonaler Ebene). Für die Regelung der Steuerfrage wurde eine Projektorganisation Bund und Kantone eingesetzt mit verschiedenen Arbeitsgruppen. Eva Herzog nimmt Einsitz in Leitungsgremium (Vorsitz Bundesrätin Widmer Schlumpf).

Es bestehen grosse Unterschiede bei ordentlich besteuerten Gesellschaften in der Schweiz (aber nicht bei Holdings und gemischten Gesellschaften). Innovationsboxen gibt es zum Beispiel in Grossbritannien, Belgien und Niederlande. Dabei ist die Steuerbelastung wesentlich geringer als die ordentliche Besteuerung in der Schweiz (insgesamt 11 EU Staaten mit Innovationsboxen oder vergleichbaren Lösungen).

Es handelt sich nicht nur um ein Problem des Kantons Basel-Stadt. Zahlreiche Arbeitskräfte aus der Region Nordwestschweiz haben ihre Arbeitsplätze in Basel-Stadt und Unternehmen vergeben zahlreiche Aufträge ins Umland. Generelle Gewinnsteuersenkungen sind keine Lösung (Vorschlag Genf). Dieser Vorschlag würde in BS zu einem Ausfall von 350 Millionen Franken führen. Bei einer Reduktion auf 12 Prozent generelle Gewinnsteuer würde weiterhin eine grosse Diskrepanz zu Steuersätzen in EU-Ländern bestehen.

Die Idee von Innovationsboxen wurde ins Spiel gebracht, um konkurrenzfähig zu bleiben. Die Idee dabei ist, dass Erträge aus Immaterialgütern tiefer besteuert werden sollen. Eine Lösung muss international kompatibel sein, wobei das Substanzerfordernis massgebend ist (keine Briefkastenfirmen). Boxen können unterschiedlich ausgestaltet sein (enge oder weite Begriffsfassung). Je breiter bzw. enger die Begriffsfassung für die Box ist, desto weniger bringt sie. Massgebend sind als Kriterien die Zahl der Arbeitsplätze, das Ausmass der Innovation und der Forschung. Hundertausende von Arbeitsplätzen stehen auf dem Spiel und der NFA Finanzausgleich würde in Frage gestellt.

Im Juni wurde der Zwischenbericht Projektorganisation Bund-Kantone vorgestellt. Der Bericht hält die Notwendigkeit fest, das Steuersystem im Unternehmensbereich anzupassen, um im internationalen Steuerwettbewerb bestehen zu können. Das Schwergewicht soll dabei auf den Ersatz der bisherigen Sonderregelungen durch zielgerichtete neue Erleichterungen gelegt werden. Zudem sind angemessene Übergangsfristen (ca. 5 bis 10 Jahre) sinnvoll. Der Bericht hält folgenden Lösungsansatz fest:

- a) Ersatz bisheriger Sonderregelungen für hochmobile Faktoren durch neue Erleichterungen für bestimmte Unternehmensaktivitäten mit einer höheren internationalen Akzeptanz;
- b) Senkung von kantonalen Gewinnsteuersätzen, die durch geeignete Massnahmen des Bundes begünstigt wird, sowie
- c) weitere steuerliche Massnahmen zur generellen Erhöhung der Standortattraktivität der Schweiz

18.50 Uhr Podiumsdiskussion

Thomas de Courten, Nationalrat und Leiter Wirtschaftsförderung Baselland

Peter Eisenring, Leiter Steuern und Versicherungen, F.Hoffmann-La Roche

Dr. Eva Herzog, Regierungsrätin Basel-Stadt

Armin Marti, Partner Steuer- & Rechtsberatung, PwC Schweiz

Dr. Thomas Staehelin, Präsident Handelskammer beider Basel

Moderation: Dr. Franz A. Saladin, Direktor Handelskammer beider Basel

Saladin begrüsst Podiumsteilnehmer und stellt sie vor. Er nimmt Bezug auf Artikel in der Basler Zeitung vom 22. August 2013 zum Thema mit der Headline: "Wir dürfen uns nicht zurücklehnen".

Er stellt die Frage an Herrn Marti, ob die Holdingsbesteuerung ungerecht ist?

Marti erklärt, dass das bisherige Regime der EU ein Dorn im Auge ist. Es widerspricht aus der Sicht der EU dem Freihandelsabkommen von 1972. Es gehe nicht nur um juristische Fragen, sondern um handfeste wirtschaftspolitische Interessen. In Zeiten der Wirtschaftskrise ist jeder fehlende Arbeitsplatz in der EU ein Problem. " Die Anforderungen an die Schweiz und insbesondere die Einhaltung des „Code of Conduct“ zielt auf die Abschaffung der „schädlichen Praktiken“. Gemäss Marti ist die Schweiz als Land im Zentrum Europas faktisch vernetzt. Der Druck, der auf die Schweiz ausgeübt wird ist real (Drohung mit schwarzen Listen). Betreffend der Ausgestaltung der Steuerregelung gibt es aber keine internationale Regelung.

Saladin richtet an Staehelin die Frage, ob die die EU Steuersubstrat von der Schweiz abziehen will?

Staehelin antwortet, dass Steuern per se nicht gerecht oder ungerecht sind, da diese voraussetzungslos geschuldet sind. Das Argument der EU, dass die heutige Regelung dem Freihandelsabkommen von 1972 widerspreche sei absoluter "Hafekäs". Im Vordergrund steht dabei das sogenannte «Ring Fencing», d.h. die Ungleichbehandlung von in- und ausländischen Erträgen. Gemäss Staehelin gibt es keine vertragliche Regelung zwischen der Schweiz und der EU, welche die Schweiz verpflichtet, ihre Unternehmensbesteuerung an jene der EU-Mitgliedstaaten anzugleichen. Deshalb kann auch gegen keinerlei Abmachung verstossen werden. Schweizerischerseits erfolgt aber ein Gleichbehandlung. Die EU prüft Retorsionsmassnahmen gegen die Schweiz, welche aber am Schluss von den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden. So kann das aktuelle Beispiel Italien genannt werden (Lizenzzahlungen von italienischen Tochtergesellschaften an CHMuttergesellschaften werden nicht mehr anerkannt). Die aktuelle Situation muss als Chance betrachtet werden. Mit einem Bündel von Massnahmen auf Bundes- wie auch Kantonebene kann die Schweizer Stellung laut Staehelin im Steuerwettbewerb behauptet werden. Es braucht aber sicher eine wesentliche Beteiligung des Bundes.

Saladin frag Eisenring, ob die EU Innovationsboxen akzeptieren wird?

Eisenring betont, dass nicht exotische Lösungen gefragt sind. Andere EU-Länder können als Beispiel dienen. Zudem müssen sich die Unternehmen direkt gegen Retorsionsmassnahmen wehren.

Marti ergänzt, dass Lösungsvorschläge der EU zur Prüfung unterbreitet werden können. Die Prüfungen erfolgen dann im Rahmen der OECD und der EU - "Code of Conduct -Gruppe".

Saladin richtet an Herzog die Frage, wieso die anderen Kantone die BS-Lösung akzeptieren sollten.

Herzog antwortet, dass Basel-Stadt am meisten profitieren würde mit der Lösung der Innovationsboxen. Die Wirtschaftsleistung BS ist jedoch enorm hoch und von grosser Bedeutung für die gesamte Schweiz. Kompensationszahlungen des Bundes seien gemäss Herzog notwendig, da Steuersenkungen nicht für alle Kantone möglich seien.

Stahelin fügt an, dass die Unternehmenssteuerreform III speziell sei, da Bund und Kantone zusammen eine Lösung suchen. Unterschiedliche Lösungen in den einzelnen Kantonen seien jedoch nicht möglich, da es sich um eine gemeinsame Problematik Bund-Kantone und Kantone untereinander handle.

Herzog präzisiert, dass unterschiedliche Lösungen denkbar sind. Der Steuerwettbewerb mit grossen kantonalen Unterschieden mache es aber schwierig eine Lösung zu finden. Eine nationale Regelung ist erforderlich, da der Neue Finanzausgleich (NFA) betroffen ist.

Der Moderator stellt an De Courten die Frage, wie es im Kanton Basel-Landschaft und dem Rest der Schweiz aussehe.

Der Kanton Basel-Landschaft habe eine andere Ausgangslage. So sei der grösste Steuerzahler ein Handelsunternehmen. Baselland unterstützt das Modell der Innovationsbox. Es ist ein jedoch ein "ja aber". So hilft BL dem Kanton BS, wenn BS dem Kanton BL hilft. Der Fächer müsse offengehalten werden. Zudem könnte man ja Allianzen mit einzelnen EU-Mitgliedsstaaten schmieden. De Courten betont, dass auf nationaler Ebene nicht nur eine Lösung, sondern Optionen und Varianten notwendig seien (CH-intern aber auch nach Aussen). So müsse auch ein Plan B und Plan C erarbeitet werden. Es dürfe zu keiner materiellen Steuernivellierung kommen. Der Steuerwettbewerb sei notwendig und sinnvoll. Bei Kompensationszahlungen des Bundes würden zudem der Eidgenossenschaft die Mittel fehlen.

Herzog ergänzt, dass Baselland nicht der einzig betroffene Kanton sei. Der Anteil der natürlichen Personen am Steuersubstrat sei in Baselland zudem einig grosser.

Viele Kantone haben eine ähnliche Situation wie der Kanton Baselland. In der Projektorganisation würden in dieser Hinsicht Varianten geprüft.

Auf die Frage an De Courten, ob die Gefahr bestehe, dass die internationale Akzeptanz fehle, antwortet dieser es sei keine Gefahr, sondern eine Chance. Varianten seien notwendig, um den Verhandlungsstandpunkt gegenüber der EU zu stärken.

Herzog erklärt, dass es keine direkten Verhandlungen mit der EU betreffend der Lösungen gebe. Die Diskussion mit der EU wird geführt über das, was angeblich nicht mehr zulässig sei. Es müsse beobachtet werden, wie sich die Steuersituation global entwickelt und Schweiz intern müsse eine gemeinsame Lösung gefunden werden (Kompromiss zwischen Bund und Kantonen und Kantonen untereinander).

In der Folge kommen Fragen aus dem Plenum zu den Themen Steuergerechtigkeit, der Problematik des Wegzugs von Unternehmen, dem Erfolgsmodell des Wirtschaftsstandorts Schweiz und der zur Thematik der Steuersenkungen für reguläre Unternehmen.

In der Schlussrunde äussern sich die Podiumsteilnehmer wie folgt.

De Courten vergleicht die Situation mit dem FC Basel. Es seien zwar 26 Einzelspieler aber zugleich eine Mannschaft, die sich international behaupten müssen.

Eisenring betont, dass Lösungen gefunden werden müssen. Der Steuerstreit dürfe auf keinen Fall ausgesessen werden.

Stahelin legt den Fokus auf eine gemeinsame Lösung, gemeinsam getragen von Wirtschaft und Politik.

Marti ist es ein Anliegen, dass die Standortattraktivität erhalten bleibt. Aktuell bestehe im Wirtschaftsstandort Schweiz im Steuerrecht ein kleiner Motorschaden, der behoben werden könne. Die Diskussionen würden zu einer neuen Regelung führen, die sicherlich weiterhin attraktiv ist.

Herzog ist zuversichtlich. Die Schweiz habe eine ausgezeichnete Ausgangslage. Man müsse jedoch nicht einfach warten, sondern selbstbewusst auftreten und verhandeln.

Saladin schliesst die Veranstaltung und verdankt das Sponsoring von PwC Basel für den Apéro Riche. Er übergibt den Podiumsteilnehmern je ein handsigniertes Exemplar des Buches "Die Steuersünder" von Peter Mathys.